



Die Zukunft der Arbeit



ITUC CSI IGB

Internationaler Gewerkschaftsbund

Die Zukunft der Arbeit

Weltweit sind rund drei Milliarden Menschen erwerbstätig. Die Weltwirtschaft braucht ihre Arbeitskraft, und ihre Familien und Gemeinwesen brauchen ihre Arbeitseinkommen.

Das Recht auf Arbeit und die Würde dieser Arbeit werden jedoch durch ein Wirtschaftsmodell untergraben, das auf Lohnkostenarbitrage und endlosem Profitstreben basiert. Die Aushöhlung grundlegender Rechte, das Fehlen existenzsichernder Mindestlöhne und die schrumpfende Rolle von Tarifverhandlungen mit einem weltweiten Rückgang des Anteils der Arbeitseinkommen als Folge sowie das Versäumnis, Sozialschutz für alle zu gewährleisten, haben dazu geführt, dass die Ungleichheit einen historischen Höchststand erreicht hat.

Die persönlichen Interessen einiger weniger haben tragischerweise Vorrang vor den Interessen der großen Mehrheit. Pure Eigeninteressen werden als moderne Wirtschaftsmodelle getarnt, um zu begründen, warum der Wohlstand nicht geteilt wird, warum natürliche Ressourcen nicht nachhaltig genutzt werden, warum Konzerne und die Reichen keine oder kaum Steuern zahlen und warum ein so gravierender Mangel an Mitteln für den Sozialschutz herrscht, u.a. für das Gesundheits- und das Bildungswesen.

Die „Trickle-down-Theorie“ und die in jüngster Zeit angewandten Sparmaßnahmen haben versagt. Die Handels- und Investitionsvorschriften begünstigen die Finanz- und Kapitalmärkte in den bereits entwickelten Volkswirtschaften. Globale Lieferketten lenken den Wohlstand in Richtung einer Handvoll Konzerne, während die Beschäftigten, die entlang dieser Lieferketten arbeiten, niedrigen Löhnen, unsicheren und häufig gefährlichen Bedingungen ausgesetzt sind. Die Gewerkschaften und die Vereinigungsfreiheit stehen unter Beschuss, und die Demokratie nimmt durch die Konzentration des Wohlstandes Schaden. Zu viele große Konzerne und Unternehmensverbände kaufen oder mobben Gesetzgeber und Regierungsbeamte, um die politischen Maßnahmen auf Kosten erwerbstätiger Menschen zu beeinflussen.

Infolgedessen befinden sich erwerbstätige Menschen weltweit in ernsthaften Schwierigkeiten:

- Lediglich 60 Prozent der Beschäftigten sind in der formellen Wirtschaft tätig und mehr als 50 Prozent arbeiten unter prekären und unsicheren Bedingungen.
- Vierzig Prozent kämpfen in der informellen Wirtschaft verzweifelt ums Überleben, ohne Arbeitnehmerrechte, Mindestlöhne oder Sozialschutz.
- Mehr als 45 Millionen Menschen sind moderner Sklaverei/Zwangsarbeit ausgesetzt.
- Drei Viertel der Weltbevölkerung sind unzureichend oder überhaupt nicht sozial abgesichert.

Laut IAO sind in den Schwellenländern 1,6 Milliarden Menschen im erwerbsfähigen Alter erwerbslos, und zusätzlich dazu sind mehr als 143 Millionen Beschäftigte offiziell arbeitslos. In den Entwicklungsländern haben rund 90 Millionen Menschen keinen Erwerbstätigen-Status und 15,7 Millionen sind arbeitslos. Neunundsechzig Prozent der Erwerbsbevölkerung in den Entwicklungsländern gelten als „arbeitende Arme“, die weniger als 3,10 US\$ pro Tag verdienen. Informelle Tätigkeiten machen 90% der Gesamtbeschäftigung in den Entwicklungsländern und 67% in den Schwellenländern aus. Etwa 70 Millionen Menschen fallen in den Industrieländern in die Kategorie der „arbeitenden Armen“, deren Haushaltseinkommen weniger als 60% des nationalen Medianeinkommens beträgt.

Das weltweite BIP hat sich seit 1980 verdreifacht, aber der Anteil der Arbeitseinkommen ist zurückgegangen und es fehlt an angemessenen Investitionen in die Infrastruktur, im Pflege- und Betreuungsbereich und in die grüne Wirtschaft.

Neben diesen Herausforderungen und der daraus resultierenden Verwundbarkeit der Weltwirtschaft birgt die Welle neuer Technologien das Potenzial für eine Welt mit noch erheblich mehr Ungleichheit. Das Regulierungsumfeld weist ernsthafte Defizite auf, wenn es darum geht, mit Blick auf Internet-Plattformen für menschenwürdige Arbeit zu sorgen, und es wird kaum in neue Arbeitsplätze investiert, um die Verdrängung der Beschäftigten angesichts der Produktion der Zukunft abzufedern.

Aus unserer jüngsten weltweiten Umfrage geht hervor, dass die meisten Menschen nicht gegen neue Technologien sind, aber Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben.

Während die Digitalisierung rapide weiter voranschreitet, beruhen die neuen Geschäftsmodelle auf der Erwartung, dass die Beschäftigten auf Arbeitsverträge und soziale Absicherung verzichten und die Vorstellung von einer geregelten Arbeitszeit, bei der Arbeit, Familie und Freizeit miteinander vereinbar sind, aufgeben.

Tatsächlich handelt es sich bei vielen dieser Unternehmen um informelle Firmen, die zum Teil nicht registriert sind, keine oder kaum Steuern in dem Land, in dem sie ihre Gewinne erwirtschaften, zahlen und keinerlei Verantwortung für ein Arbeitsverhältnis übernehmen. Ohne eine gesellschaftliche Betriebslizenz stehen sie praktisch über dem Gesetz. Sie unterliegen keiner Gerichtsbarkeit und beeinträchtigen dadurch Schlüsselsektoren wie das Verkehrswesen, das Gesundheitswesen, das Hotel- und Gaststättengewerbe, Finanzdienstleistungen, das Bildungswesen und andere.

Beschäftigten, die Dienstleistungen über solche Unternehmen erbringen, bleibt es selbst überlassen, sich um ihre Sozialversicherung, Steuerzahlungen und Ausbildung zu kümmern, wobei sie keinerlei Kontrolle über Preise, Arbeitsbedingungen, Sicherheit oder ihre personenbezogenen Daten haben. Sie konkurrieren miteinander um ein unregelmäßiges und unvorhersehbares Arbeitsangebot. Diejenigen, denen die großen Plattformen gehören, scheffeln Milliarden mit diesem Modell, und auch traditionelle Unternehmen beginnen, Tätigkeiten über Plattformen extern zu vergeben, Lohndumping zu fördern und Verantwortung abzutreten.

Die Gewerkschaften wissen, dass die Technologie selbst nicht das Problem ist. Ob Innovationen erfolgreich sind oder nicht, hängt davon ab, ob sie die Erwartungen erfüllen. Die Gesellschaft wird das Potenzial wissenschaftlicher Fortschritte im Gesundheitswesen und in vielen anderen Bereichen begrüßen, wenn damit keine Gefahren verbunden sind. Die Gewerkschaften sind seit Jahrzehnten an der Gestaltung des technologischen Wandels beteiligt. Sie werden sich mit der Frage befassen müssen, wie die Organisierungsbemühungen

und kollektiven Aktionen derjenigen Beschäftigten, die Tätigkeiten über Internet-Plattformen verrichten, unterstützt und Untergrenzen für Vertragspreise festgelegt werden können, wie etwa durch Genossenschaften.

Die Grundlagen menschenwürdiger Arbeit sind unverändert:

- Vereinigungsfreiheit
- Existenzsichernde Mindestlöhne und das Recht auf Tarifverhandlungen
- Sichere Arbeit
- Sozialschutz für alle
- Obligatorische Sorgfaltspflicht für alle Unternehmen, um Rechtsverletzungen zu unterbinden

Angesichts der technologischen Auswirkungen auf die von den Beschäftigten erledigten Aufgaben und der daraus resultierenden Notwendigkeit, ihre Kompetenzen ständig zu erweitern, ist auch der Zugang zum lebenslangen Lernen unerlässlich.

Die Arbeitsminister der G20 haben erklärt, dass Arbeitnehmerrechtsverletzungen nicht Teil des Wettbewerbs sein dürfen. Dies muss weiterhin für alle Arbeitsformen gelten, auch für die im Rahmen digitaler Plattformen oder veränderter Produktionsprozesse. Alle Arbeitgeber müssen Verantwortung für menschenwürdige Arbeit für all ihre Beschäftigten übernehmen, nicht nur für direkt oder über Unterauftragnehmer entlang von Lieferketten beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch für diejenigen, die auf den Plattform-Markt angewiesen sind.

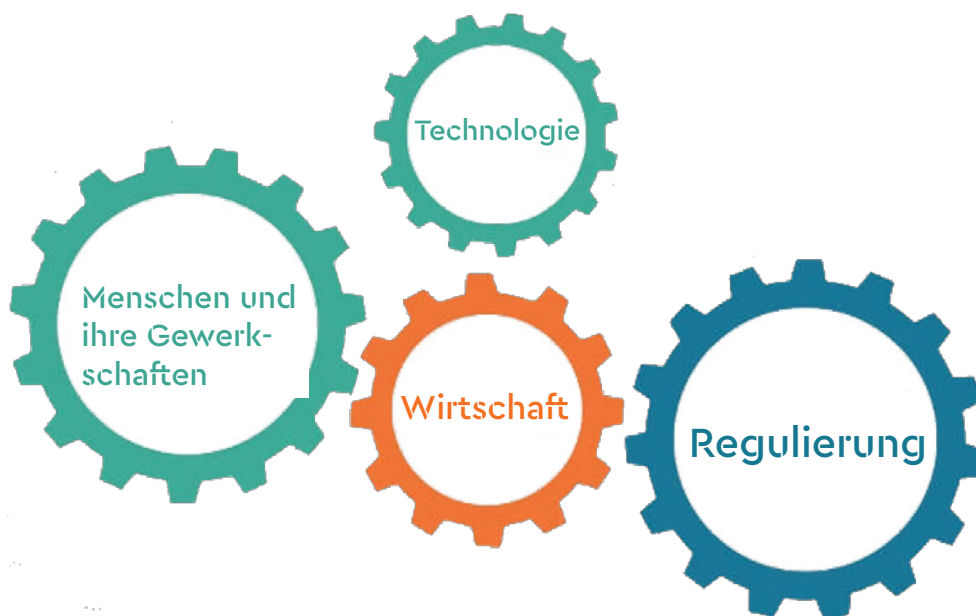
Wir begrüßen die IAO-Kommission zur Zukunft der Arbeit. Diese Kommission steht vor der Herausforderung, angesichts des technologischen Wandels einen Weg zur Vollbeschäftigung und zu menschenwürdiger Arbeit aufzuzeigen.

Darüber hinaus unterstützt der IGB den vom schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven initiierten Globalen Deal. Der soziale Dialog ist ein unerlässliches Instrument, wenn es darum geht, für den Regulierungsrahmen und die betrieblichen Praktiken zu sorgen, die sowohl eine gesellschaftliche Betriebslizenz für die Unternehmen als auch die formelle, auf Rechten basierende Arbeit garantieren, die für erwerbstätige Menschen und ihre Familien unerlässlich ist.

Sharan Burrow
Generalsekretärin, IGB

IGB-Bericht: Die Zukunft der Arbeit gestalten

Dieser Bericht befasst sich mit einer Reihe zentraler politischer Fragen und Überlegungen für die Gewerkschaften hinsichtlich der Mitgestaltung der Zukunft der Arbeit unter vier Themenschwerpunkten:



Wirtschaft

Das Versagen der Ordnungssysteme, das im Jahr 2008 zu der weltweiten Finanzkrise und der anschließenden Rezession geführt hat, hat nach mehr als zwei Jahrzehnten Globalisierung die Ungleichheit verschärft, Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit verhindert, prekäre und informelle Tätigkeiten vervielfacht und zu einer generellen Ernüchterung beigetragen, die sich populistische Politikerinnen und Politiker überall auf der Welt zunutze machen. Auch die Weltwirtschaft selbst ist dadurch angesichts einer stagnierenden Nachfrage aufgrund der fehlenden Kaufkraft erheblich prekärer geworden.

Die Arbeitswelt der Zukunft dreht sich nicht nur um Technologie. Es geht um die Bewältigung der immensen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft steht, und die Debatte darüber darf sich nicht nur darauf beschränken, wie neue Technologien in ein System integriert werden, bei dem erwerbstätige

Menschen bereits jetzt auf der Strecke bleiben. Und sie kann sich nicht um eine „alte“ und eine „neue“ Wirtschaft drehen, bei der im ersten Fall hauptsächlich die Menschen die Arbeit erledigen und im zweiten Fall die Arbeit automatisiert ist und die Tätigkeiten derjenigen, die eine Arbeit haben, von Algorithmen und Apps bestimmt werden.

Die Weltweiten Umfragen des IGB haben immer wieder ergeben, dass Maßnahmen zur Begrenzung der Macht globaler Konzerne und des Finanzsektors überwältigende Unterstützung finden, wenn es darum geht, für sichere und menschenwürdige Arbeit, einen gerechten Anteil für erwerbstätige Menschen durch Löhne und Sozialschutz und andere zentrale Ziele der Gewerkschaftsbewegung zu sorgen. Die Regierungen haben diese Stimmungslage jedoch nicht berücksichtigt. Wenn sich daran nichts ändert, wird der Übergang zur Arbeitswelt der Zukunft ungeordnet verlaufen und von der Wirtschaft beherrscht werden, mit noch größerer Unsicherheit und Ungleichheit sowie der Aushöhlung der Demokratie als Folge.

Regierungen und Unternehmen müssen sich bewusst werden, dass der Übergang zu einer in höchstem Maße digitalisierten Wirtschaft gerecht sein muss, indem in davon betroffene Berufsgruppen, Branchen und Gemeinwesen investiert wird, um die Qualitäts- und die Produktivitätsvorteile zu maximieren, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass diejenigen, deren Arbeitsplätze betroffen oder gefährdet sind, die notwendige Unterstützung erhalten. In gleicher Weise müssen die Produktion und die Dienstleistungen der Zukunft für gute und sichere Arbeit an allen Standorten sorgen, einschließlich menschenwürdiger Löhne, des Rechtes auf Tarifverhandlungen und Sozialschutz. Der Übergang muss zudem die Entwicklung und die Nachhaltigkeit untermauern, vor allem durch eine enge Verknüpfung mit den Zielen der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung und dem Übergang zu einer Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen und ohne Armut.

Um dies zu ermöglichen, müssen umgehend Maßnahmen, auch seitens globaler Institutionen wie der G20, der IAO, der OECD und der UN, bezüglich einer Vielzahl zentraler globaler Herausforderungen ergriffen werden:

Löhne und Sozialschutz – Die Welt braucht höhere Löhne und Gehälter:

Die sinkende Lohnquote, mit Millionen Arbeitskräften entlang von Lieferketten und in der informellen Wirtschaft, die um ihr bloßes Überleben kämpfen, erzeugt unermessliches Leid und gefährdet die globale Wirtschaft selbst, da die Kaufkraft stagniert. Überall auf der Welt kämpfen die Gewerkschaften für bessere Löhne, einen existenzsichernden Mindestlohn und die Ausweitung des sozialen Schutzes auf die 75% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit, die derzeit gar nicht oder nur unzureichend sozial abgesichert sind. Es bedarf wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen, um eine faire Verteilung der Einkommen und des Wohlstands zu gewährleisten. Zudem ist es an der Zeit, eine fundierte Analyse des Nutzens und der Kosten eines garantierten Grundeinkommens vorzunehmen.

Die Kluft zwischen den Geschlechtern beseitigen:

Die stagnierende Erwerbsbeteiligung von Frauen und das geschlechtsspezifische Lohngefälle sind die deutlichsten Folgen der in jedem Land vorhandenen systematischen Diskriminierung von Frauen bei der Arbeit und in der Gesellschaft. Dort, wo Sparmaßnahmen verordnet wurden, sind es die Frauen, die die schwerste Last zu tragen haben, durch unbezahlte Tätigkeiten im Pflege- und Betreuungsbereich und durch unverhältnismäßig starke Auswirkungen auf ihre Einkommen und Möglichkeiten. Ausgehend von den aktuellen Trends, wird das weltweite

geschlechtsspezifische Lohngefälle von 23% erst im Jahr 2069 beseitigt sein. Das alleine macht den Ernst der geschlechtsspezifischen Diskriminierung und die absolute Notwendigkeit, sie zu beenden, deutlich. Die Zukunft der Arbeit muss eine Zukunft sein, in der Frauen und Männer gleichberechtigt sind.

Steuerungsumgehung und -vermeidung unterbinden

Die hemmungslose Steuerungsumgehung und -vermeidung, vor allem durch multinationale Unternehmen und den Finanzsektor, hat zur Folge, dass dem Staat die Einnahmen entgehen, die er braucht, um hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Sozialprogramme anbieten zu können. Stagnierende Löhne und die „Überisierung“ der Arbeit werden dazu führen, dass der Staat immer weniger auf die Besteuerung der Arbeitnehmer zählen kann, um die niedrigen bzw. überhaupt nicht gezahlten Steuern der Superreichen und vieler Konzerne auszugleichen. Privatisierungen und Veräußerungen von Vermögenswerten mögen eine vorübergehende finanzielle Entlastung des Staates mit sich bringen, aber zu hohen Kosten für die Gesellschaft und die Volkswirtschaft. Steuergerechtigkeit ist unerlässlich für die Gewährleistung, dass der Staat über die Einnahmen verfügt, die notwendig sind, um hochwertige öffentliche Dienstleistungen, Sozialschutz und die Vielzahl anderer Leistungen anzubieten, die die Zukunft der Arbeit auf der Grundlage sozialer Inklusion gestalten werden.

Investitionen in Infrastruktur und Pflegewirtschaft:

Die in vielen Ländern mangelnde oder alternde Infrastruktur drosselt das Wirtschaftswachstum und hemmt die Schaffung von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig sind die demographischen Trends und das unzureichende aktuelle Versorgungsangebot eine tickende Zeitbombe im Gesundheitswesen und in der Sozialpflege. **Investitionen in die Pflegewirtschaft und in die Infrastruktur** sind nicht nur für die Bewältigung dieser Probleme unerlässlich, sondern tragen auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum bei.

Den Klimawandel durch industriellen Wandel bekämpfen:

Die Digitalisierung am Arbeitsplatz und künftige Produktionstechnologien bergen enormes Potenzial, wenn es darum geht, die Effizienz zu steigern und die Abhängigkeit von Kohlenstoff durch eine Zukunft mit erneuerbaren Energien zu ersetzen. Die globale Herausforderung einer Wirtschaft ohne Kohlenstoffemissionen und ohne Armut erfordert eine Vision, Engagement und Mut der Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Der Schlüssel zum Erfolg ist



Regulierung

die Agenda für einen gerechten Übergang, basierend auf Rechten, sozialem Dialog, Investitionen in den Übergang und Verhandlungen über Veränderungen in Industriesektoren und am Arbeitsplatz, die dem Klimawandel Rechnung tragen und für den industriellen Wandel sorgen, der erforderlich ist, um die Menschheit und den Planeten zu retten.

Ein kohärenter und dreigliedriger Ansatz:

In vielen Ländern werden die Digitalisierungsstrategien von für Technologiefragen zuständigen Ministerien konzipiert, unter lediglich begrenzter Beteiligung anderer Ministerien und ohne nennenswerte Konsultationen mit der Bevölkerung. Auf diese Weise wird dem privaten Sektor das Steuer überlassen. Das fängt jetzt zwar langsam an, sich zu ändern, zum Teil aufgrund der Debatten über die Zukunft der Arbeit, aber nur wenige Länder verfolgen den notwendigen ressortübergreifenden Ansatz und beziehen auch die Gewerkschaften und andere relevante Gruppen ein. Im Mittelpunkt einer kohärenten und umfassenden Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Herausforderungen der Digitalisierung und der Produktion und Dienstleistungen der Zukunft, einschließlich der Ausbildung und Umschulung der Beschäftigten, muss der dreigliedrige soziale Dialog stehen.

Handels- und investitionspolitische Maßnahmen:

Der wachsende Einfluss populistischer und nationalistischer Maßnahmen hat sich auf die internationale Handelsagenda ausgewirkt, wobei viele der potenziellen Folgen noch gar nicht richtig verstanden werden. Während die Gewerkschaften gegen diejenigen Elemente von Abkommen mobilisieren, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entmachten, die Macht der Wirtschaft gegenüber dem Staat festigen und die Spielräume für eine gute Politikgestaltung einschränken, sind die von Populisten angebotenen Lösungen nicht im Interesse erwerbstätiger Menschen. Bestimmungen wie jene, die im geplanten **TISA**-Abkommen enthalten sind, und die im Rahmen von Handelsabkommen geförderte E-Commerce-Agenda würden zu einer pauschalen „Uberisierung“ ganzer Volkswirtschaften und zu weiteren Eingriffen multinationaler Unternehmen in unentbehrliche öffentliche Dienstleistungen führen und müssen verhindert werden.

Nachhaltige Entwicklung:

Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) liefern eine Entwicklungsagenda, bei der menschenwürdige Arbeit im Mittelpunkt steht. Die SDGs dürfen keine Ambition bleiben. Sie bieten einen wichtigen universellen Rahmen für Beschlüsse über die Zukunft der Arbeit, und es ist wichtig, dass die Umsetzung der SDGs und Beschlüsse über die Zukunft der Arbeit, und insbesondere die Rolle des Staates, integriert werden.

Mächtige Wirtschaftsinteressen haben es durch Lobbyarbeit gegenüber Regierungen, unternehmensfreundliche Handelsabkommen und korrupte Praktiken über viele Jahre hinweg geschafft, die Gesetze, die den privaten Sektor regulieren, zu schwächen oder abzuschaffen. Diese Macht der Wirtschaft über den Staat stellt eine erhebliche Gefahr für eine Zukunft dar, in der es gute und nachhaltige Arbeit, sichere Einkommen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, Steuergerechtigkeit und vieles mehr gibt, was für den Wohlstand vieler und nicht nur einiger weniger unerlässlich ist.

Der **Globale Rechtsindex des IGB 2016** hat ergeben, dass sich die Zahl der Länder mit Einschränkungen der **Rede-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit** um 22% erhöht hat, dass in 82 der 141 untersuchten Länder Beschäftigte vom Geltungsbereich der Arbeitsgesetze ausgenommen sind und dass in mehr als der Hälfte der Länder allen oder einigen Beschäftigten Tarifverhandlungen verweigert werden. Der Index 2017 hat ergeben, dass das Streikrecht in 116 Ländern in der Praxis verletzt wurde. In vielen Ländern sind zudem die das Beschäftigungsverhältnis regelnden rechtlichen Rahmenwerke untergraben worden. Dort, wo es gute Gesetze und Vorschriften gibt, werden sie oftmals nicht in Kraft gesetzt, während das völlige Fehlen von Rechten in einigen der reichsten Länder der Welt am Golf zur Folge hat, dass die Beschäftigten wie moderne Sklaven behandelt werden. Ein zentrales Ziel der Gewerkschaften bezüglich der Zukunft der Arbeit muss darin bestehen, die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte umzukehren, indem sichergestellt wird, dass die Regierungen ihrer Regulierungsverantwortung nachkommen. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der 'digitalen Wirtschaft' müssen dieselben Rechte und Schutzvorkehrungen gelten wie für andere Beschäftigte auch, einschließlich der Kernarbeitsnormen der IAO. Daneben werden Regulierungsfragen auch in einer Vielzahl anderer Bereiche unerlässlich sein. Dazu gehören:

Globale Regeln für globale Lieferketten:

Angesichts der Tatsache, dass bei 50 der größten multinationalen Unternehmen der Welt 94% der Beschäftigten in ihren Lieferketten „im Verborgenen“ arbeiten, müssen die Regierungen, vor allem in den Heimatländern dieser Unternehmen, sie mit Blick auf die Sorgfaltspflicht entlang ihrer gesamten Lieferkette und die Gewährleistung grundlegender Rechte und sicherer Arbeit für alle Beschäftigten sowie von Gerechtigkeit im Falle von Rechtsverstößen juristisch haftbar machen.

Moderne Sklaverei bekämpfen:

Einige Regierungen sind gegenwärtig dabei, Gesetze zu erlassen, um die Unternehmen konkret zur Rechenschaft zu ziehen, wenn es um den Skandal moderner Sklaverei bei ihren Geschäften im In- und Ausland geht. Die Analyse dieser Gesetze, ihrer Auswirkungen und Umsetzung sowie ihrer Defizite wird uns nützliche Instrumente für den Kampf gegen moderne Sklaverei liefern, als Grundlage für politische Forderungen an die Regierungen überall, gesetzliche Verpflichtungen für die Unternehmen einzuführen und angemessene Strafen vorzusehen, falls sie dagegen verstoßen.

Definition Unternehmen:

Unternehmen wie Uber sind im Grunde im informellen Sektor tätig und entziehen sich der Verantwortung für die Rechte und Ansprüche ihrer globalen Arbeitnehmerschaft. Die Möglichkeiten, die diese Unternehmen haben, um sich im Rahmen und oft auch außerhalb der Gesetze zu bewegen, haben erhebliche Folgen für die Arbeitnehmer/innen, für die Steuereinnahmen, die öffentliche Sicherheit und eine Vielzahl anderer Bereiche.

Datenschutz und digitale Rechte:

Die Beobachtung und Überwachung der Beschäftigten seitens des Arbeitgebers nimmt in dramatischer Weise zu, und damit verbunden sind Bedenken in Bezug auf das Sammeln, die Analyse und Manipulation riesiger Datenmengen durch Großkonzerne. Rechtliche Rahmenwerke zur Wahrung des Rechtes von Einzelpersonen und Gruppen, einschließlich Arbeitnehmern, auf den Schutz ihrer Daten müssen daher ebenfalls in Erwägung gezogen werden. Die wachsende Bedeutung von Algorithmen als Ersatz für die Entscheidungen der Menschen führt inzwischen auch zu der Forderung nach Vorschriften dafür, wie diese Algorithmen verwendet werden und zu welchem Zweck. Der Begründer des World Wide Web **warnt heute ebenfalls vor Datenmissbrauch und der Verwendung von Algorithmen zur Beeinflussung von Wahlen in einer Art und Weise, die das Wahlrecht umgeht.**

Wettbewerbsrecht:

Die Tatsache, dass relativ wenige multinationale Unternehmen den globalen Datenmarkt beherrschen, wirft erhebliche Fragen dazu auf, inwieweit die Wettbewerbshüter in der Lage und gewillt sind, für einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, sowie dazu, wie angemessen die derzeitigen Wettbewerbsgesetze sind und inwieweit in diesem Bereich auf internationaler Ebene zusammengearbeitet wird. Zudem dient das Wettbewerbsrecht in einigen Ländern dazu, Freiberuflern das Recht auf Tarifverhandlungen zu verweigern, wie etwa bei der Festlegung von Mindestpreisen für freiberufliche Tätigkeiten.

Besteuerung

Viele der multinationalen Unternehmen, die ihre gesamten oder einen Großteil ihrer Profite mit dem Sammeln, der Manipulation und dem Verkauf von Daten machen, sind bekannt für Steuervermeidung, und die Ausweitung der Produktions- und Dienstleistungsbereiche, die über das Internet laufen, birgt die Gefahr, dass den Regierungen noch mehr Steuereinnahmen entgehen. Manche in der Branche, wie etwa der Microsoft-Gründer Bill Gates, fordern mittlerweile eine „**Robotersteuer**“, obwohl Microsoft selbst, wie auch andere Technologieunternehmen, wegen Steuerfragen in die Kritik geraten ist.



Technologische Neuerungen sind stets Teil der Arbeitswelt gewesen, aber in den letzten 20 Jahren hat das Internet eine dramatische und exponentielle Erhöhung des Tempos dieser Veränderungen ermöglicht. Es wird damit gerechnet, dass sich die Zahl der über das Internet miteinander verbundenen Geräte durch das „Internet der Dinge“ bis zum Jahr 2020 auf mehr als 20 Milliarden erhöhen wird. Dennoch haben nach wie vor 50% der Menschen weltweit keinen Zugang zum Internet. Da ein Großteil der neuen Technologie in der Arbeitswelt entweder direkt oder indirekt auf das Internet angewiesen ist, wird die Ungleichheit zwischen denen, die Zugang zum Internet haben, und denen, die diesen Zugang nicht haben, drastisch zunehmen, einschließlich erheblicher wirtschaftlicher und sozialer Folgen, wenn es nicht gelingt, die verbleibenden 50% durch massive und umgehende Investitionen einzubinden.

„Die technologischen Fortschritte und die Ausweitung des Internetzugangs bergen enorme Chancen und Herausforderungen für erwerbstätige Menschen. Ein Engagement der Gewerkschaften in Bildungs-, Ausbildungs- und Organisationsfragen im Zeitalter des Internets ist unerlässlich. Der IGB setzt sich für eine Internetregulierung ein, bei der keine staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen dominieren und die einen ungehinderten Informationsfluss gewährleistet, mit soliden Sicherheitsvorkehrungen für persönliche Informationen und Redefreiheit unter Berücksichtigung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit.“

Kongresserklärung, 3. IGB-Weltkongress (Berlin, Mai 2014)

Die Fortschritte bei der Robotertechnik, der Nano- und Biotechnologie, der „künstlichen Intelligenz“, in Bezug auf maschinelles Lernen, das Internet der Dinge, 3D-Druckverfahren in der Produktion, die Werkstoffwissenschaft und eine Vielzahl anderer Bereiche

werden der Gesellschaft enormen Nutzen bringen, was auf zahlreichen Gebieten bereits jetzt der Fall ist, wie etwa im Gesundheitswesen und bei der Bekämpfung des Klimawandels. Gleichzeitig werden diese Fortschritte tief greifende Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Einige Schätzungen gehen davon aus, dass im Laufe der Zeit rund 60% aller Tätigkeiten teilweise automatisiert sein könnten und bis zu 10% der Arbeitsplätze gänzlich entfallen werden. Andere prognostizieren sogar noch größere Folgen. Aus praktisch allen Studien geht hervor, dass geringer qualifizierte oder Routinetätigkeiten am stärksten gefährdet sind, aber auch Berufe, die ein höheres Qualifikationsniveau erfordern, betroffen sein werden.

Das TUAC-Dokument zum Thema Digitalisierung und digitale Wirtschaft ("**Digitalisation and the Digital Economy**") gibt einen guten Überblick über die zentralen Themen, von denen einige nachstehend hervorgehoben werden. Obwohl die spezifischen Auswirkungen diverser Technologien auf verschiedene Sektoren und Berufsgruppen ganz unterschiedlich sind und dies auch weiterhin sein werden, gibt es eine Reihe genereller Trends und Risiken, auf die global betrachtet nicht angemessen eingegangen wird:

- Die Digitalisierung trägt zur Fragmentierung der Arbeit, zum Zerfall von Beschäftigungsverhältnissen und zu Sozialdumping bei, während sich Unternehmen, die ihre Arbeit über Internet-Plattformen organisieren (z.B. „Fahrgemeinschaften“ wie Uber und Vermittler von Mini-Aufträgen wie Mechanical Turk und UpWork), um Expansion bemühen und sehr effizient für eine Deregulierung eintreten. Der Staat muss **dafür sorgen, dass diese Unternehmen Regeln unterworfen werden**, dass sie ihren fairen Anteil an Steuern zahlen und dass die Menschen, die für sie und mit ihnen arbeiten, dieselben Rechte wie andere Beschäftigte haben, einschließlich des Rechtes auf Vereinigungsfreiheit und auf Tarifverhandlungen, u.a. durch übertragbare Sozialversicherungsansprüche und Renten sowie andere Leistungen.
- Obwohl „Plattform“-Unternehmen bisher nur einen geringen Anteil am BIP und an der Beschäftigung haben, gewinnen sie in Bereichen wie der Pflege und Betreuung zunehmend an Bedeutung. Die Gewerkschaften müssen sich um die Mitgestaltung der Funktionsweise dieser Geschäftsmodelle bemühen und gleichzeitig den Kampf für öffentliche Investitionen und das Angebot unentbehrlicher Dienstleistungen fortsetzen.
- Es entstehen erhebliche **Qualifikationslücken**, die das Potenzial für den Ersatz von Arbeitsplätzen, die durch die Technologie verloren gehen, durch neue Tätigkeiten

mit größeren IT-, MINT- oder Dienstleistungsinhalten begrenzen. Diese Qualifikationslücken müssen durch Bildungs- und Ausbildungssysteme im Einklang mit der Entwicklung der Arbeit im digitalen Zeitalter angegangen werden.

- Die zunehmende Abhängigkeit von digitalen Produktions- und Dienstleistungsprozessen erfordert ein hohes Maß an **Cybersicherheit** zum Schutz der Systeme und zur Vermeidung von Störungen. Dies beinhaltet besondere Herausforderungen für den Schutz der Arbeitnehmerrechte und für die Gewährleistung, dass die größer werdende Qualifikationslücke in diesem Bereich angegangen wird.
- Für immer mehr Beschäftigte ist die „totale Überwachung am Arbeitsplatz“ inzwischen Realität, einschließlich **kontinuierlicher und zum Teil in die Privatsphäre eingreifender Beobachtungen**, durch die die Arbeitgeber mehr Kontrolle denn je haben. Manche Unternehmen wenden zudem Social-Engineering-Techniken gegenüber ihren Beschäftigten an, um die Produktivität und die Profite zu steigern, ohne jedoch entsprechende Lohnerhöhungen vorzunehmen oder für einen angemessenen Schutz vor Überarbeitung und Stress zu sorgen. Damit zusammen hängt die generelle Frage des Rechtes der Menschen auf den Schutz ihrer personenbezogenen Daten, insbesondere vor dem Hintergrund einiger weniger „Big-Data“-Unternehmen, die ihren Einfluss auf die Arbeitnehmer und die Gesellschaft generell konsolidieren und ausweiten.
- Realität ist für viele auch die zunehmend unschärfere Abgrenzung zwischen Privat- und Berufsleben, die zur Folge hat, dass die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** leidet und häufig ohne Vergütung länger gearbeitet wird, vor allem im Falle mobiler Arbeit.
- Die betrieblichen und allgemeinen **Gesundheits- und Sicherheitsstandards** sind oft unzureichend oder werden unzureichend in Kraft gesetzt, wenn es zur Automatisierung kommt, wobei in vielen Fällen unzulänglich getestete Algorithmen verwendet werden, oder wenn neue Materialien bei Produktionsprozessen zum Einsatz kommen.
- Im Bereich der **Informationstechnologie** ist das **geschlechtsspezifische Gefälle** besonders ausgeprägt, da lediglich ein Viertel der Stellen mit Frauen besetzt sind. Dieses Gefälle wird größer, wenn „alte“ Jobs durch „neue“ mit größeren Technologieinhalten ersetzt werden. Frauen haben in diesem Fall im Vergleich zu Männern nur eine 20%ige Chance, einen „neuen“ Arbeitsplatz zu finden. Diesem Problem muss dringend Aufmerksamkeit geschenkt werden, u.a. durch Bildung und Schulung sowie durch

Antidiskriminierungsmaßnahmen und Leistungen bei Mutterschaft.

- Die Grenzen und der potenzielle Schaden von **Algorithmen**, insbesondere dann, wenn Menschen kaum oder überhaupt nicht mitwirken, werden immer offensichtlicher. **UNI Global Union fordert** ein globales Übereinkommen über eine ethisch vertretbare Nutzung, Entwicklung und Anwendung von künstlicher Intelligenz, Algorithmen und Big Data.
- Entwicklungen wie die Anwendung der „**Blockchain**“ oder Distributed-Ledger-Technologie seitens der Wirtschaft in zahlreichen Sektoren dürften unabsehbare und potenziell beträchtliche Auswirkungen auf die Funktionsweise der Unternehmen und die Beschaffenheit der Arbeitsplätze der Zukunft haben. Die Gewerkschaften müssen sich verstärkt der möglichen Folgen und Verwendung derartiger Systeme bewusst werden, sowohl hinsichtlich der Entwicklung der Arbeit als auch bezüglich ihrer potenziellen Verwendungszwecke für die Gewerkschaften selbst, wenn es darum geht, Kontakt zu den Arbeitnehmer/innen aufzunehmen und sie zu organisieren.

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in der neuen Welt der Arbeit über grundlegende Rechte verfügen: auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen, auf Schutz vor Diskriminierung, Ausbeutung und gefährlicher Arbeit, auf die Gewährleistung eines existenzsichernden Mindestlohns und Sozialschutz. Online-Plattformen insbesondere müssen dazu verpflichtet werden, den Beschäftigten Sozialschutz und andere Ansprüche sowie die Achtung ihrer Rechte zu garantieren.

Ein gerechter digitaler Übergang wird mit Herausforderungen verbunden sein, vor allem da viele Regierungen wenig geneigt scheinen, für eine angemessene Regulierung der digitalen Wirtschaft zu sorgen oder das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf sozialen Dialog und Tarifverhandlungen zu schützen und zu fördern. Die Bewältigung dieser Herausforderungen wird von zentraler Bedeutung sein, wenn es darum geht, die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile der Digitalisierung zu maximieren und die Dystopie einer regelfreien Zone für die Wirtschaft mit noch größerer Ungleichheit, Unsicherheit und Ausbeutung zu vermeiden.

Das TUAC-Dokument „Digitalisation and the Digital Economy“ listet die wichtigsten Prinzipien für die Gewährleistung eines „gerechten digitalen Übergangs“ auf. Dazu gehören:

- Erforschung und frühzeitige Abschätzung der sozialen und beschäftigungsrelevanten Auswirkungen
- Sozialer Dialog und demokratische Konsultationen mit den Sozialpartnern und interessierten Akteuren
- Eine aktive Arbeitsmarktpolitik und -regulierung, einschließlich Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
- Sozialschutz, einschließlich Sicherung der Renten
- Pläne für die Erneuerung des Gemeinwesens und die wirtschaftliche Diversifizierung
- Solide Investitionen in hochwertige, menschenwürdige, gute Arbeit



Menschen und ihre Gewerkschaften

Für die Gewerkschaftsbewegung beginnt die Zukunft der Arbeit jetzt, und gewerkschaftliche Organisationsarbeit, Tarifverhandlungen und politische Strategien zur Mitgestaltung der Arbeitswelt der Zukunft sind fester Bestandteil der Realität des Arbeitslebens von heute.

Seit mehr als 150 Jahren gründen die Menschen Gewerkschaften und treten ihnen bei, um ihre Interessen bei der Arbeit zu fördern und zu vertreten und allgemeinere Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und Demokratie zu verfolgen. Auch heute noch schließen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu kollektiven Aktionen zusammen, auch wenn ihnen ihre Rechte von Regierungen und Arbeitgebern gänzlich verweigert werden, ob es sich um **Uber-Fahrer in Katar**, **Plantagenarbeiter/innen in Honduras** oder Beschäftigte in Asiens **Lieferkettenbetrieben** handelt.

In den meisten Ländern stagnieren oder sinken die Gewerkschaftsmitgliederzahlen, während die **Regierungen Gesetze** zum Schutz grundlegender Rechte auf eine gewerkschaftliche Organisation und auf Tarifverhandlungen **schwächen oder abschaffen** und die **Rede- und Versammlungsfreiheit** weiter einschränken.

Veränderungen hinsichtlich der Arbeitsorganisation im Zeitalter der Globalisierung, vor allem durch technologische Innovationen, haben den Gewerkschaften die Organisationsarbeit erschwert. Die zunehmende **Fragmentierung und Prekarisierung des Arbeitsmarktes** stellen eine weitere Herausforderung dar. Vierzig Prozent der weltweiten Erwerbsbevölkerung kämpfen in der informellen Wirtschaft ums Überleben, und die Mehrheit der Beschäftigten in der formellen Wirtschaft sieht sich Unsicherheit nie gekanntes Ausmaßes gegenüber. Aus der Weltweiten Umfrage des IGB 2017 geht hervor, dass 73% der Menschen Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben.

Darüber hinaus stellt die Aushöhlung des **öffentlichen Dienstes** mit seinen vergleichsweise höheren Gewerkschaftsmitgliederzahlen eine Gefahr sowohl für die Sicherheit der Arbeitsplätze als auch für den sozialen Zusammenhalt dar. Die Gewerkschaftsbewegung steht vor der doppelten Herausforderung, einerseits den öffentlichen Dienst zu schützen und zu fördern und andererseits die Beschäftigten in privatisierten Dienstleistungsbereichen zu organisieren, wie beispielsweise die wachsende Zahl der Frauen, die in privatisierten Pflege- und Betreuungseinrichtungen tätig sind.

Gleichzeitig sind die Gewerkschaften mit mehr als 200 Millionen Mitgliedern und einem Einfluss, der durch

politische Aktionen und die positiven Folgen von Tarifverhandlungen und legislativen Errungenschaften für Nichtgewerkschaftsmitglieder oft über ihre tatsächlichen Mitgliederzahlen hinausgeht, die größte und mächtigste Kraft, wenn es darum geht, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Die **Weltweiten Umfragen des IGB** haben kontinuierlich massive öffentliche Unterstützung für die zentralen Werte und Forderungen der Gewerkschaften sowie für das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft, auf Tarifverhandlungen und Streik deutlich gemacht.

Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Macht zu verschaffen, ist angesichts des vorherrschenden Globalisierungsmodells, das die Beschäftigten durch unsichere, schlecht bezahlte und häufig gefährliche Tätigkeiten marginalisiert hat, dringender denn je. Die Menschen sind sich bewusst, dass es zu einer Machtverlagerung gekommen ist. Dreiundneunzig Prozent sagen, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt, anstatt gegenüber den meisten Menschen gerecht zu sein, und 90% halten es für an der Zeit, die Regeln für die Weltwirtschaft neu zu definieren.

Die **Gewerkschaften stehen somit beim Kampf für menschenwürdige Arbeit an vorderster Front**, ob es sich um Tätigkeiten im Rahmen eines direkten Beschäftigungsverhältnisses, Subunternehmertum, Leiharbeit oder Auftragsvergaben über digitale Plattformen oder auf anderem Weg handelt. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen über dieselben grundlegenden Rechte verfügen: auf Sozialschutz, auf einen existenzsichernden Mindestlohn, auf Tarifverhandlungen und die Einhaltung der Arbeitsnormen seitens des Arbeitgebers. Diejenigen, die über „digitale Plattform“-Unternehmen beschäftigt sind, sind bereits dabei, sich zu organisieren und aktiv zu werden.

Die Gewerkschaften werden für die Garantie kämpfen, dass diese Rechte uneingeschränkt wahrgenommen werden können.

In Anbetracht des rapide voranschreitenden technologischen Wandels durch die **Digitalisierung** der Produktion und Dienstleistungen sowie der Tatsache, dass die Firmen digitale Plattformen dazu nutzen, um sich ihrer Verantwortung als Arbeitgeber zu entziehen, haben die Gewerkschaften begonnen, ihre Strategien anzupassen, und es werden noch weitere Anpassungen notwendig sein. Bewährte Prinzipien und Methoden, einschließlich Genossenschaften und anderer kollektiver Einrichtungen, über die digitale Tätigkeiten organisiert und geteilt werden und ein Mindestpreis festgesetzt wird, können Teil der Antwort sein. Die SEWA organisiert Genossenschaften

und Verbände selbstständiger Frauen in den ärmsten Gegenden Indiens, georgische Gewerkschaften organisieren Transportarbeiter im informellen Sektor, UNIONEN in Schweden arbeitet an der Regulierung von Plattform-Unternehmen und der Digitalisierung, um eine dezentralisierte kollektive Vertretung zu ermöglichen, und die deutsche IG Metall engagiert sich für „Crowdworker“.

Die Schwächung des gesetzlichen Schutzes für die Arbeitnehmer/innen ist das Ergebnis der Bemühungen von Unternehmen, sich ihrer Verantwortung für ein Arbeitsverhältnis zu entziehen. Es ist **Aufgabe der Regierungen**, sie als registrierte Unternehmen, die sich an die Regeln einer gesellschaftlichen Betriebslizenz halten, zur Rechenschaft zu ziehen, u.a. in Bezug auf Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, Mindestlöhne/Vertragspreise sowie Organisations- und Tarifverhandlungsrechte.

Die Unternehmen sollten dort,

- wo sie ihre Geschäfte tätigen, registriert werden und ihre Steuern zahlen,
- Verantwortung für das Arbeitsverhältnis und die Sorgfaltspflicht entlang ihrer Lieferkette übernehmen,
- die Kernnormen der IAO einhalten, einschließlich des Übereinkommens 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt,
- sich am sozialen Dialog und an Maßnahmen zugunsten eines gerechten Übergangs vor dem Hintergrund des Klima- und des technologischen Wandels beteiligen und
- das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Schutz ihrer Daten uneingeschränkt respektieren.

Mindestlöhne. Der Erfolg wird nicht nur von wirksamen Maßnahmen in diesen Bereichen abhängen, sondern auch von der gewerkschaftlichen Organisation der Beschäftigten in allen Sektoren und Beschäftigungsformen. Auf globaler Ebene unterstützt der IGB die Gewerkschaften durch die Globale Organisationsakademie bei ihrer **strategischen Organisationsarbeit**, ergänzend zur internationalen Kampagnen- und Lobbyarbeit.

Die Arbeit der **Globalen Gewerkschaftsföderationen** (GUFs) mit Blick auf die Mitgestaltung der Zukunft der Arbeit in ihren jeweiligen Branchen durch Forschungs-, Kampagnen- und Organisationsarbeit ist von entscheidender Bedeutung, und der IGB wird seine Zusammenarbeit mit den GUFs ausbauen, um ihre Aktivitäten zu unterstützen und die aus ihrer Arbeit resultierenden Erfahrungen zu bündeln.

Die Einrichtung einer IAO-Kommission zur Zukunft der Arbeit, die ihren Ergebnisbericht im Jahr 2019 anlässlich des 100-jährigen Bestehens der IAO vorstellen wird, bietet den Gewerkschaften einen wichtigen Fokus und eine gute Plattform für die Mitgestaltung der internationalen Debatte. Der IGB wird sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen, den GUFs und der Arbeitnehmergruppe auf der Grundlage der in diesem Bericht erläuterten politischen Ziele und Aktionspunkte an der Arbeit der Kommission beteiligen.

Angesichts mächtiger unternehmerischer Kräfte, die um die zunehmende Aushöhlung von Gesetzen und Standards bemüht sind und die Technologie so einsetzen, dass die Arbeit dem Kapital vollkommen untergeordnet wird, ist der Einsatz der Gewerkschaften für die Mitgestaltung der künftigen Arbeitswelt unerlässlich, nicht nur, um für Fairness bei der Arbeit zu sorgen, sondern auch für die Zukunft der Demokratie und Gleichstellung überall auf der Welt. Die Gestaltung der Zukunft der Arbeit ist von grundlegender Bedeutung für die Verwirklichung der Vision von sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit für alle.

.....

Die Gewerkschaften bemühen sich um die Mitgestaltung der Zukunft der Arbeit durch **politische Aktionen**, um das vorherrschende Wirtschaftsmodell in Frage zu stellen und menschenwürdige Arbeitsplätze und Rechte für alle Beschäftigten zu gewährleisten, durch **Verhandlungen und Tarifverhandlungen** über neue Technologien und industriellen Wandel und durch **Kampagnen** zur Erhöhung der Lohnquote und zur Gewährleistung existenzsichernder